



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

17. April 1950

P/v/88

Hinweise auf den Inhalt:

Von Rhöndorf nach Berlin Zum Staatsbesuch Dr. Adenauers	S.1
Revolution auf Grönland Dänemarks Kolonialisierungspläne	S.3
20 Volkspolizisten erzählen von der "Stalin-SS"	S.4
Dr. Schumacher zu innen- und aussen- politischen Gefahren	S.7

Von Rhöndorf nach Berlin

P.R. Berlin, 17. April 1950

Die Berliner sind, das ist eine alte Wahrheit, besser als ihr Ruf. Sie sind auch höflicher als man im allgemeinen von ihnen

sagt. Und der Bundeskanzler wird in diesen Tagen viel über das Ausmass an Zuvorkommenheit erstaunt sein, mit dem man ihn begrüsst

- möglicherweise gerade, weil soviel, man möchte sagen, natürliche Gegensätzlichkeiten zwischen dieser Stadt und dem früheren Kölner

Oberbürgermeister bestehen. Adenauer ist ein sehr konservativer Katholik und ein unbedingter Anhänger betont westlicher Konzeption.

Seine Heimat liegt - auch geistig - links des Rheins. Berlin aber war immer eine protestantische Stadt fortschrittlicher Prägung mit

vielen Beziehungen und Bindungen auch zum Osten, eine Stadt, die ja selbst in Ostdeutschland liegt.

Natürlich wird aus dem gegebenen Anlass an diese Gegensätzlichkeiten, wenn überhaupt, dann nur sehr diskret erinnert. Deutli-

cher schon waren in den Begrüssungsartikeln aller Zeitungen die Hinweise darauf, weshalb der Kanzler solange mit seinem Besuch

gezögert habe. Bisweilen versuchte man Erklärungen dafür zu geben, sie waren nicht sehr überzeugend. Aber, wie gesagt, der Bundes-

kanzler kann sich über mangelndes Interesse in dieser in der Tat

"einzigartigen" Stadt nicht beklagen.

Wer aus Westdeutschland nach Berlin kommt, ist immer von neuem von dem Mass an Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein beeindruckt, das die Bewohner dieser Stadt beherrscht. Wurden diese Eigenschaften früher ausserhalb Berlins oft störend empfunden, so sind sie nach den Ereignissen der letzten Jahre doch sehr begreiflich. Leistung und Haltung der Stadt in dieser Zeit waren unbestritten ganz ungewöhnlich und die Berliner sind deshalb weniger als je bereit, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. In diesem Punkt eines recht kräftig-entwickelten Selbstbewusstseins gleichen sich übrigens Gast und Gastgeber, also Adenauer und die Berliner, trotz ihres so verschiedenen Grundcharakters, sehr erheblich.

Der Zeitpunkt des Besuches unterstreicht ohne Zweifel seine Bedeutung. Die Situation ist klar. Das Kernproblem der Interessenpolitik ist nach wie vor das Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion und an keinem Punkt der Welt verdichtet sich die Form dieser Beziehungen so wie in Berlin. Die Verwirklichung der elementaren Fortführung oder Liquidierung des Kalten Krieges, die Möglichkeiten der für den Mai vorgesehenen Aussenminister-Konferenz, der Pfingstaufmarsch der FDJ - bei allen diesen Problemen steht Berlin im Mittelpunkt, die Stadt, die in nichts den Charakter eines Bellwerkes, eines für die ganze westliche Welt entscheidenden Vorpostens, verloren hat.

Hier in Berlin wird mit Genugtuung, freilich auch mit der landes- oder stadtüblichen skeptischen Zurückhaltung begrüsst, dass sich auch in den heute massgebenden westdeutschen Kreisen die Vorstellung stärker festzusetzen beginnt, das Prinzip der deutschen Einheit und seine Verwirklichung sei unlösbar verbunden mit der maximalen Stärkung der Berliner Position. In dieser Richtung sind in letzter Zeit dankenswerte Fortschritte nicht nur in den Ereignissen, sondern auch in den Handlungen festzustellen, Fortschritte allerdings, die nach Berliner Auffassung noch erheblich gesteigert werden sollten und könnten.

Es ist unbedingt notwendig und höchste Zeit, so sagt man hier, dass aus der Art, die Situation in Berlin und in ganz Mitteldeutschland zu betrachten, jede Erwägung verschwindet, die nicht von dem Gedanken an ganz Deutschland und seinen Nutzen, sondern von dem der

Stärkung oder Schwächung einer bestimmten teilpolitischen Gruppierung ausgeht. Das klingt so selbstverständlich, dass man glauben

sollte, es habe für niemanden jemals eine andere Maxime gegeben. Leider ist dem nicht so. Umso erfreulicher ist es, dass nun das

Eis gebrochen zu sein scheint.

Um auf die Berliner zurückzukommen - sie sind nicht nur höflich, sie haben auch Humor. Deshalb sei hier wiedergegeben, was

in der lustigen Wochenbeilage einer Zeitung stand, die in der gleichen Ausgabe im politischen Leitartikel den Bundeskanzler fast

hymnisch begrüßte.

"Wenn ich nicht so gut erzogen wäre", so schreibt dieser ernsthafte Witzbold, "so würde ich unserem Bundeskanzler sagen: Im Ver-

trauen, höchste Zeit, dass Sie sich hier blicken lassen. Berlin liegt ja schliesslich noch nicht in Sibirien - würde ich sagen -

und wenn es so kommt, wird es in Bonn auch kälter. Seit Monaten - würde ich ihm sagen - heisst es, der Bundeskanzler sucht einen

besonderen politischen Grund, nach Berlin zu kommen. Uns kam es manchmal so vor, als ob mehr ein Grund gesucht wurde, nicht zu

kommen. Aber schön, jetzt sind Sie hier - würde ich sagen - Schwamm drüber. Wir Berliner haben in den letzten Jahren noch ganz

andere Sachen vergessen müssen, als dass wir hier und da vergessen werden. Halten Sie eine hübsche Rede und - wenn möglich - einiges

von dem, was Sie darin versprechen".

- o - o -

Revolution auf Grönland

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.R.K. Dänemarks Kolonie Grönland ist ungefähr so gross wie Frankreich, Spanien, Deutschland, England und Schweden zusammenge-

nommen. Oder, um ein "näherliegendes" Mass anzuwenden, ungefähr fünfzigmal so gross wie das Mutterland. Allerdings zählt die nicht-

vereiste Fläche dieser grössten Insel der Welt nur 88.000 Quadrat-kilometer. Das ist ungefähr die Grösse Portugals. Der moderne

Flug- und Schiffsverkehr hat auch Grönland der Zivilisation nähergebracht, und die vor einiger Zeit bekanntgewordenen riesigen Blei-

funde haben das ökonomische Interesse vor allem des Mutterlandes erregt. Es besteht Grund zu der Annahme, dass auch andere Minerale

vor allem Uran, auf Grönland zu finden sind.

Die dänische Grönlandkommission hat nun dem Kopenhagener Reichstag einen Antrag vorgelegt, der darauf ausgeht, das ökonomische, soziale und kulturelle Leben auf der Insel in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren radikal umzugestalten. Es handelt sich sozusagen um eine Revolution von oben, der die 22.000 Einwohner ausgesetzt werden sollen. Die primitive Jäger- und Fischfangwirtschaft soll abgelöst werden durch eine moderne Produktions- und Geldwirtschaft. Zu diesem Zwecke will Dänemark 95,4 Millionen Kronen ausgeben.

Zunächst ist eine umfassende Umsiedlung der Bevölkerung geplant. Die Grönländer sollen vor allem im mittleren West-Grönland konzentriert werden. Dort sollen Schulen, Krankenhäuser, Elektrizitätswerke und Häfen errichtet werden. Zum ersten Male sollen die

Grönländer auch Bekanntschaft machen mit dem Begriff Steuer, ferner mit Polizei, Gerichts- und Gefängniswesen. Alle diese Dinge waren

bis jetzt unbekannt auf Grönland. Die Grönländer sollen lernen, ihre Gemeinden nach modernen Grundsätzen selbst zu verwalten. Zu-

nächst werden nur Kommunalsteuern eingehoben werden, um den Grönländern die Notwendigkeit des Steuerzahlens überhaupt beizubringen.

"Der Amtmann von Trondheim, Henning Pogwisch", wird sich also noch nicht blicken lassen. Die gesamte Polizeimacht Grönlands wird fünf

Mann betragen und jeder der fünf Polizisten wird theoretisch einen Distrikt von der Größe Schwedens zu bearbeiten haben.

Was die Grönländer selbst zu diesen Plänen sagen, ist unbekannt. Erst haben ihnen die Weissen den Schnupfen gebracht, jetzt bringen

sie ihnen den Polizisten und den Steuerbeamten. Aber auch den Arzt und den Lehrer. Diese beiden brauchen die armen Grönländer aller-

dings ganz besonders.

- o - c -

20 Volkspolizisten erzählen von der "Stalin-SS"

Über die Volkspolizei ist schon vieles geschrieben worden; manches davon hat sich als Übertreibung herausgestellt und das war

dem Propagandaministerium bisher ein willkommener Anlass, der Volkspolizei ein harmloses Mäntelchen umzuhängen. Nun sind in der ver-

gangenen Woche im Durchgangslager Ulzen 20 Volkspolizisten eingetroffen, davon einer hoch zu Ross. Sie kamen aus allen Ländern der

Ostzone und was sie vor einem Kreis von Journalisten aussagten, gibt nicht nur einen Querschnitt durch die Volkspolizei in der ganzen Ostzone, sondern bestätigt auch, dass die Polizeiformationen rechte der Elbe mit dem überlieferten Begriff "Polizei" nichts mehr zu tun, vielmehr den Charakter einer regulären Armee haben.

Hinsichtlich der Ausbildung, Ausrüstung und Organisation sind die Aussagen der 2o Mann einheitlich; uneinheitlich sind sie bezüglich der Verwendung der Volkspolizei. In einigen Orten, wie z.B. in Leipzig, ist die Volkspolizei von der Ordnungspolizei getrennt und von sämtlichen üblichen Polizeiaufgaben entzogen. Sie hat hier eindeutig militärischen Charakter. In anderen Orten greifen polizeiliche und militärische Funktionen ineinander, so im Grenzgebiet. In Leipzig sollen zwei Infanteriebereitschaften und eine Artillereibereitschaft liegen, jede Bereitschaft zu rund 1000 Mann, bestehend aus drei Kompanien zu je 250 Mann, einem Sonderkommando von rund 100 Mann mit Pionieraufgaben, einer Kfz- und einer Nachrichtenstaffel. Die Artillereibereitschaft soll über Pak, Flak und auch 15-cm-Feldgeschütze verfügen. In Grossenhain (Sa.) ist die "Ernst-Thälmann-Bereitschaft" stationiert, die ein Panzerregiment (mit dem russischen Panzertyp T 34) darstellt. Die Panzerschule der Volkspolizei liegt in Appolensdorf (Sa.).

Über die Gesamtstärke der Volkspolizei können die 2o Mann keine Auskunft geben, keiner von ihnen bezweifelt aber, dass in Kürze die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werde. Jedem Volkspolizisten ist aufgetragen worden, mindestens fünf neue Anwärter zu werben. Das Reservoir der Volkspolizei bilden die Arbeitslosen und die heranwachsende Jugend, wobei die letztere den Vorzug genießt, weil sie am leichtesten zu beeinflussen ist. Wer arbeitslos wird oder seine Lehrzeit abgeschlossen hat, wird vor die Entscheidung gestellt, entweder zur Volkspolizei oder nach Aue zu gehen. Die meisten ziehen die dunkelblaue Uniform vor. Keinem der 2o Mann ist bisher ein Fall bekannt geworden, dass einem Gesuch um Entlassung aus der Volkspolizei (die Verpflichtung läuft drei Jahre) entsprechen worden wäre. Bisher hat lediglich Flucht nach dem Westen oder Entlassung gemäss Befehl 2o2 (Kriegsgefangenschaft bei den Westalliierten oder Verwandtschaft im Westen) zur Beendigung des Dienstverhältnisses geführt,

Die Volkspolizei sei bei der Bevölkerung regelrecht verhasst,

sagen alle 20 Mann einstimmig aus. Die "Stalin-SS" erfreut sich keiner Beliebtheit, weil sie überall dort eingesetzt wird, wo das verhasste Regime sich gegen den Volkswillen zur Geltung bringen soll. Als einzelner wird der Volkspolizist im Volksmund "Pieck-Bube" oder "Konsum-Soldat" genannt. Besonders im Grenz- und Urangebiet stösst die Polizei mit der Bevölkerung hart zusammen. Wer an der Grenze auf den ersten Anruf nicht stehen bleibt, kann mit einer Kugel rechnen; der Befehl lautet allerdings, den Grenzgänger "anzuschliessen", (Zielpunkt Ferse), damit der Getroffene noch vernunftfähig ist.

Im Urangebiet ist es die Bergpolizei, die täglich mit der Bevölkerung in Konflikt gerät und sich einem geschlossenen Widerstand der Bergarbeiter gegenüber sieht, dem sie oft in einzelnen Situationen unterliegt. Die verhassteste Abteilung ist das in Siegmarschönau ausgebildete "Spitzel"-Kader. Unter den 20 Mann befand sich ein solcher Volkspolizist, der nach der Ausbildung die Aufgabe hatte, als Bergarbeiter getarnt seine Arbeitskameraden zu bespitzeln, sie zu unbedachten Äusserungen und Handlungen zu verleiten und nachher anzuzeigen. In seinem Arbeitsbereich (Objekt 16, Johannegeorgstadt, sechs Schächte mit rund 900 Arbeitern) waren 32 solcher Spitzel unter die Arbeiter gemischt. Wer der Arbeit eines der Spitzel erlag, erlag auch der russischen Justiz. Zum "Betreuungsgebiet" dieser Spitzel gehören die "Spione aus dem Westen", ein besonderes Kapitel der russischen Mentalität. Nach den Erzählungen unseres Gewährsmannes gibt es im Westen Menschen, die aus kriminellen Gründen in der Anonymität der Uranatmosphäre unterzutauchen versuchen. Melden sie sich direkt mit "westlichen" Papieren in Aue, werden sie als Spione sofort der NKWD übergeben und sind somit aus dem Regen in die Traufe gekommen. Meist aber wenden sie sich an ein ostzoniales Arbeitsamt im Vorgebiet von Aue. Jedes dieser Arbeitsämter hat, je nach Grösse, ein Monatssoll von durchschnittlich 50 Mann für Aue vorgeschrieben. Westlicher Zuschuss ist daher gern gesehen. Solchen Leuten werden ohne Rücksicht auf ihre Vergangenheit sofort die westlichen Ausweise abgenommen und die Männer gehen mit ostzonalen Papieren nach Aue. Aufgabe der Spitzel ist es, die Herkunft solcher Leute herauszubekommen und sie der NKWD auszuliefern.

Innen- und aussenpolitische Gefahren

Dr.Schumacher zu aktuellen Fragen

sp. Zwei Gesichtspunkte hob der Vorsitzende der SED, Dr.Kurt Schumacher, hervor, als er über innen- und aussenpolitische Probleme vor den Delegierten des Bezirkes Weser-Ems der SPD am Wochenende in Osnabrück sprach. Auf dem Gebiete der Innenpolitik die

Schuld der Parteien rechts von der Sozialdemokratie bei der Umerziehung der Mitläufer und auf dem Gebiete der Aussenpolitik die Gefahr,

die sich aus der Behandlung der Saarfrage ergibt.

1945 bestand in Deutschland kein einheitlicher demokratischer Faktor, der imstande gewesen wäre, die Staatsgewalt zu übernehmen, und so resultiert die wenig gefestigte Demokratie in Westdeutschland aus der "latenten Siegerkrankheit" der Alliierten und dem Versagen der Rechts- und Mittelparteien. Heute dürfe man nicht die irregulierten kleinen Mitläufer anklagen, sondern ihre neuen Parteien, die um der Erhöhung der Mitgliederzahlen willen wenig oder gar nicht getan haben, um sie zu belehren oder zu ändern. Die grösste Schuld dieser Parteien liege aber darin, dass sie wegen wahlpolitischer Machenschaften den antimarxistischen Effekt stärkten.

Man dürfe dabei aber nicht vergessen, sagte Dr.Schumacher, dass es in den letzten 150 Jahren keine Periode des Nationalismus gegeben habe, die nicht pro-russisch gewesen wäre. Es bedürfe nicht viel Weitsicht, um in allen neuen Rechtsparteien die Emissionäre der Sowjets hervorblicken zu sehen. Der ideologische Ansturm der "Nationalen Front" beginne erst, und es sei den Sowjets völlig gleichgültig, unter welcher Firmierung sie glauben, ihre Ziele erreichen zu können.

Zu den Europafragen führte Dr.Schumacher aus: der gleichzeitige Eintritt der Bundesrepublik und des Sargebietes in den Europarat würde der Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Deutschland und insbesondere in der deutschen Jugend den letzten Kredit nehmen. Es sei unmöglich, die Annektion des Oder-Neisse-Gebietes als Verbrechen zu bezeichnen und das gleiche im Westen für richtig zu erklären. Wer heute um jeden Preis nach Strassburg gehe, würde eines Tages den Millionen Flüchtlingen aus dem Osten Rechenschaft ablegen müssen. Strassburg in der bestehenden Form sei zwar "eine Kanzel für europäische Predigten, aber keine Plattform für europäisches Handeln". Man schwadroniere davon, aus der Saar ein neues Luxemburg schaffen zu wollen, in Wirklichkeit lege man aber den Grundstein für ein zweites Elsass-Lothringen.

Die deutsche Sozialdemokratie wehre sich dagegen, dass das deutsche Volk als minderwertig angesehen und behandelt werde.

- 0 - 0 -

Verantwortlich: Peter Raunau